

Kommentar

Daniel Meier
Leiter Wirtschaft

daniel.meier@ringier.ch



Die Schweiz und ihre Steuersünder

Ob der Steuerdeal mit Deutschland zustande kommt, ist völlig offen. Wolfgang Schäuble tut, als sei alles klar, doch die Opposition bleibt hart. Der Streit ist von Wahlkampfaktik geprägt. Aus Schweizer Sicht fällt noch etwas anderes auf: Es ist eine Debatte, die hier gar nie geführt wurde – jene um Gerechtigkeit.

Bei der Abgeltungssteuer würden keine Namen verraten. Stattdessen sollen die Banken bei den Kunden eine Strafsteuer einsammeln und nach Deutschland überweisen. Damit wären deren Sünden abgegolten. Weil dies anonym geschieht und die Täter nie vor Gericht müssen, spricht die deutsche SPD von einer «Gerechtigkeitslücke».

Bei den Amerikanern läuft das ganz anders. Alle paar Wochen verurteilt ein US-Richter einen der Ex-UBS-Kunden, die wir im Rahmen des Staatsvertrags ausgeliefert haben. Mit ihnen hat die Schweiz kein Mitleid. Eveline Widmer-Schlumpf warnte damals davor, den Deal mit den Amis zu gefährden, «nur um 4450 US-Millionäre vor dem Fiskus zu retten».

Als ausländische Kunden bei unseren Banken ihr Schwarzgeld versteckten, hat das Land lange weggeschaut. Wollten wir diese Vergangenheit moralisch aufarbeiten, müssten eigentlich die Konten aller Banken durchforstet und jeder Steuersünder gleich behandelt werden – aufgrund seiner Vergehen und unabhängig von seiner Herkunft.

Stattdessen muss die Schweiz um jeden Deal froh sein, der uns von einem Teil der Milliarden-Altlast erlöst. Über die Frage, was mit den Steuersündern geschieht, wird letztlich in ihrer Heimat entschieden.

Börse & Devisen

SMI	6235.5 (+1.0%) ↗
DOW JONES	13212.0 (+0.5%) ↗
EURO/CHF	1.20 ↘
USD/CHF	0.90 ↘
GOLD	48 314 Fr./kg ↗
ERDÖL	122.91 \$/Fass ↘

MANAGER DES TAGES

Richard Schaefer (50)

Banker, die ausserhalb ihres Berufs Karriere machen, gibt es viele. Aber keiner ist so erfolgreich wie der Ex-UBS-Mann, der nun US-Boxkämpfe veranstaltet. Dafür lobt ihn die Finanzpresse. Der Schweizer sei der «mächtigste Strippenzieher am Ring», schreibt die «Financial Times Deutschland». BLICK findet: Besser Manager exportieren als US-Kunden holen.



Foto: Reuters

«Der automatische Datenaustausch rettet das Bankgeheimnis für Schweizer»

Der Berner Rechtsprofessor Peter V. Kunz würde dem Ausland lieber Daten als Geld liefern und so das Bankgeheimnis im Inland retten.

Von Henry Habegger, Clemens Studer (Interview) und Marcel Bieri (Fotos)

Blick Die USA haben offenbar Staatsanwälte vom Fall der Schweizer Banken abgezogen. Ist das ein Durchbruch?

Peter V. Kunz: Ein Durchbruch nicht. Ich sage schon lange, dass die Amerikaner in nächster Zeit wahrscheinlich nicht ernsthaft Druck auf die Schweiz machen werden.

Warum nicht?

Die USA haben im Zusammenhang mit der Bank Wegelin genügend Drohkulissen aufgebaut. Man hat die Schweiz bezüglich Informationslieferung jetzt dort, wo man sie haben wollte. Der einzig offene Punkt ist jetzt noch die Höhe der Zahlungen, die die Banken zu leisten haben. Dafür braucht es kein Heer von Staatsanwälten mehr.

In welchem Zeithorizont sehen Sie das Ende des Steuerstreits?

Wir müssen unterscheiden. Ich erwarte, dass die elf Banken, die zurzeit im



«Die Abgeltungssteuer ist für die Schweiz ökonomisch nicht sinnvoll.»

US-Visier stehen, bis im Sommer individuelle Lösungen mit den Amerikanern finden. Anders sieht es mit der von der Schweiz angestrebten Gesamtlösung für unseren Finanzplatz aus.

Wann wird die vorliegen?

Da haben die Amerikaner schlicht keine Motivation, sich zu bewegen. Das Interesse an einer Gesamtlösung liegt einseitig auf Schweizer Seite. Ich

wäre sehr überrascht, wenn es schon dieses Jahr zu einer Einigung käme. Ich bezweifle sogar, dass sie überhaupt zustande kommt.

Warum?

Je länger die Amerikaner die Sache laufen lassen, desto stärker wird der Druck auf die Schweizer Banken im Hinblick auf eine Bussenzahlung. Zudem profitieren auch die amerikanischen Bankinstitute davon,

dass in der Schweiz eine gewisse Rechtsunsicherheit zurückbleibt, denn die schweizerischen Banken sind grosse Konkurrenten. Die Zeit läuft für die USA. Und wenn es keine Globallösung gibt, kommt irgendwann ein neuer Angriff aus den USA?

Dieses Damoklesschwert hängt weiterhin über der Schweiz. Entscheidend ist, ob die USA noch weitere Informationen über Schweizer Banken haben.

Die Genfer Privatbanken standen bisher nicht im US-Visier.

Wenn es eine weitere Runde gäbe, würde es vermutlich Genfer Privatbankiers treffen. Es würde mich wundern, wenn Banken wie Lombard Odier und Pictet nicht viele US-Kunden hätten. Aber die Druckmöglichkeiten der Amerikaner wären dort kleiner, weil diese Banken nicht systemrelevant sind.

An der US-Front ist es derzeit ruhig. Wie siehts an der EU-Front aus?

Die EU will das Schweizer Konzept mit der Abgeltungssteuer offensichtlich nicht. Sie will den automatischen Informationsaustausch. Ökonomisch klüger als die EU sind die Briten und die Deutschen: Sie kriegen von der Schweiz oder besser den Schweizer Banken Geld und müssen nichts dafür tun. Sie kriegen Cash statt Informationen, die sie nicht brauchen können. Das ist klug!

Dann macht die Schweiz also ein schlechtes Geschäft?

Richtig. Die Abgeltungssteuer ist für uns ökonomisch nicht sinnvoll. Mit einer Ausnahme: die Altlasten. Um sie aus der Welt zu schaffen, ist die Abgeltungssteuer gut. Für die Zukunft aber kostet sie die Banken sinnlos Geld.

Was muss die Schweiz denn tun?

Sie muss sich in Richtung automatischer Informationsaustausch bewegen. Das ist ökonomisch sinnvoll. Heute sagen mir zahlreiche Banker hinter vorgehaltener Hand: Sie wollen die Abgeltungssteuer gar nicht. Das ist für sie ein unbezahlter Aufwand. Sie wollen Informationsaustausch.

Welche Banken sind das?

All jene Banken, die nicht allzu viele ausländische Kunden haben. Das ist die grosse Mehrheit. Auch die Grossbanken hätten kein Problem damit. Ausser sie haben noch grosse Altlasten. Aber ich will den automatischen Informationsaustausch ja gar nicht für Altlasten. Das wäre ein Verrat am Kunden, da bin ich dagegen. Es wäre ein Konzept für künftige Kunden.

Viele Banken wollen die Abgeltungssteuer nicht. Wer will sie denn überhaupt?



Peter V. Kunz (r.) im Gespräch mit den BLICK-Journalisten Habegger (l.) und Studer.

BLICK-Serie Freisinn in der Schweiz Letzter Teil

Die FDP hat mit einer Rückb...

Zum Schluss der Serie über den Schweizer Freisinn zieht Autor Angelo Maiolino* eine Bilanz und wagt einen Ausblick.

Lässt man die Geschichte der FDP Revue passieren, so kommt man zum Schluss, dass die staatsgründende und -tragende liberale Tradition, aus der sie entstanden ist, heute nur noch wenige Verehrer findet.

Die einst mächtige FDP, Hort und Heimat des Freisinns, verliert in jüngster Vergangenheit eine Wahl nach der anderen. Ein Grund für diese Schlappen ist sicherlich in der Abkehr vom

politischen Liberalismus und in der nahezu messianischen Hinwendung zum Wirtschaftsliberalismus mit seinem Kampf gegen das Gemeinwohl und den Staat zu suchen.

Viele aus der FDP sind auf dem linken Ohr nämlich längst taub. Ihre Anbiederung an die Interessen der Finanzelite und ihr müdes Achselzucken angesichts der grösser werdenden Einkommensschere erweitern den Abstand zum Volk. Die Partei des

Freisinns hat sich zur Partei der Finanzelite emporgeschwungen und dabei vergessen, dass die übergrosse Mehrheit der Wahlberechtigten nicht unbedingt dieselben Interessen teilt wie die obersten Kader der Banken.

Die verlorene Volksverbundenheit sucht die FDP im SVP-Fahrtwind.

Ein weiterer Grund für die wiederkehrenden Wahlniederlagen liegt darin, dass die FDP die verlorene Volksverbundenheit im Fahrtwind der SVP zu finden glaubt.

Die Anbiederung an den plattrechtspopulistischen Lärm der SVP lässt aber freisinnige Anliegen gar nicht erst hörbar werden. In der Hoffnung, mit dieser Allianz mehr Stimmen einzufangen, verrät die FDP ihr politisches liberales Erbe –

Die GLP griff die FDP von grün an und holte viele Wähler, denen es in der FDP zu eng geworden war.



Der Aargauer Nationalrat und KMUler Philipp Müller wird neuer FDP-Präsident.

